



# Gefährlicher Irrweg

FDP-MdB Carl-Julius Cronenberg warnt vor neuer Staatsgläubigkeit

? Das Stuttgarter Dreikönigstreffen hat Parteichef Christian Lindner genutzt, um vor einer neuen Staatsgläubigkeit zu warnen. Was befürchtet Lindner, welche Knackpunkte hat die FDP ausgemacht?

**Carl-Julius Cronenberg:** Wir beobachten seit ungefähr zehn Jahren, dass sich der Staat in alle Lebensbereiche einmischt und versucht, alles zu regeln und zu reglementieren, sodass aus dem mündigen Bürger ein unmündiger Bürger wird. Ich halte das für einen gefährlichen Irrweg. Nach meinem Selbstverständnis und dem meiner Partei hat der Staat Rahmenbedingungen zu setzen, die dem Bürger freie Entfaltungsmöglichkeiten einräumen und die Innovationen möglich machen. Zurzeit erleben wir durch die Politik der Großen Koalition das Gegenteil. Der Staat mischt sich überall ein. Diese Politik löst keine Probleme, sie schafft neue Probleme. Dies zu thematisieren, war das Anliegen von Christian Lindner.

? Die staatliche Reglementierung geht ja noch weiter. In Hannover wurde inzwischen die sogenannte gendergerechte Sprache eingeführt, um der „Vielzahl geschlechtlicher Identitäten“ Rechnung zu tragen. Aus dem Lehrer wird der „Lehrende“, die Wähler werden zu „Wählenden“. Im Zweifelsfall soll der sogenannte „Genderstern“ zum Einsatz kommen, der zwischen die maskuline und die feminine Wortendung eingefügt wird, um alle sozialen Geschlechter und Geschlechtsidentitäten abzubilden. Bei so viel Schwachsinn müsste doch die FDP auf die Barrikaden gehen.

**Carl-Julius Cronenberg:** Volle Zustimmung. Ich halte die Genderpolitik für gefährlich und kontraproduktiv. Die Genderpolitik, die auch von der jetzigen Bundesregierung betrieben wird, treibt die Spaltung der Gesellschaft voran. Die deutsche Sprache durch staatliche Verordnungen zu re-

geln, ist brandgefährlich, weil Sprache etwas Lebendiges ist, sich gesellschaftlich entwickelt und deshalb nicht durch politische Verordnungen manipuliert werden darf.

? Eine sichere und vor allem preiswerte Energieversorgung soll durch das Abschalten von modernen Kohlekraftwerken aufgegeben und unsicheren Energiequellen, wie Sonne und Wind, überlassen werden. Bei den Jamaica-Verhandlungen kritisierte Ihre Partei diesen von Ideologie geprägten erzwungenen Ausstieg als Risiko für Bürger und Wirtschaft. Inzwischen herrscht bei Ihrer Partei zu dieser Problematik Funkstille. Warum?

**Carl-Julius Cronenberg:** Bei dem brisanten Thema Energieversorgung herrscht keineswegs Funkstille in der FDP. Unser Credo: Energie muss sicher und bezahlbar sein, wobei der Klimaschutz nicht außer Acht gelassen werden darf. Das Hauptproblem sehen wir nicht in der unsicheren Erzeugung von regenerativer Energie, sondern in deren Speicherung. Uns fehlen nicht nur Speicherkapazitäten, sondern es fehlen vor allem Durchleitungen, um den Strom, der durch Windradanlagen erzeugt wird, zum Beispiel nach Bayern zu transportieren. Darüber hinaus vertritt die FDP die Ansicht, dass wir von der nationalen Energiepolitik zu einer europäischen Energiepolitik kommen müssen und damit auch zu einer europäischen Klimapolitik. Es kann und darf nicht sein, dass wir mit nationalen Sonderwegen die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft schädigen.

? Absurd niedrige Grenzwerte von 40 mg beim Stickstoffdioxid für Diesel wurden am Dreikönigstag zwar kurz in Frage gestellt, viel mehr aber nicht. Auch hier vermisst der klassische FDP-Wahlbürger die warnende Stimme Ihrer Partei hinsichtlich des zu befürchtenden Kahlschlages im Autostandort Deutschland.

Zur Person

## Carl-Julius Cronenberg MdB



Geboren am 30. Juli 1962 in Arnshausen; römisch-katholisch; verheiratet; drei Kinder.

1981 Abitur; 1981 bis 1990 Ersatzdienst THW OV Neheim-Hüsten; 1982 bis 1985 Studium der Betriebswirtschaftslehre.

Juli 1988 bis Dezember 1990 Du Pont de Nemours, Genf Business Analyst; seit Januar 1991 Geschäfts-

leitung Julius Cronenberg oH, ab Januar 1995 als persönlich haftender Gesellschafter.

Seit Oktober 1999 Rat der Stadt Arnshausen, bis 2009 als Vorsitzender der FDP-Fraktion; seit 2015 Vorsitz Kreisverband HSK.

September 1996 bis September 2005 Vorstand Werksarztzentrum Arnshausen-Sundern, ab September 2001 als Vorsitzender, seit 1998 Mitglied der Vollversammlung IHK Arnshausen-Hellweg-Sauerland; seit 2002 Beirat des Unternehmensverbands Westfalen-Mitte e.V.; Dezember 2006 bis Dezember 2009 Gründungstifter und Vorstand Bürgerstiftung Arnshausen.

Seit September 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages für die Fraktion der FDP.

### Mitgliedschaften und Ämter im Bundestag

#### Ordentliches Mitglied

Ausschuss für Arbeit und Soziales

#### Stellv. Mitglied

Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz“  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

### Mitgliedschaften in sonstigen Gremien

#### Stellv. Vorsitz

Parlamentariergruppe Westafrika



**Carl-Julius Cronenberg:** Ganz im Gegenteil. Die FDP hat sich sogar sehr gut hörbar und medial stark vertreten zu den Dieselfahrverboten geäußert. So mache ich auf jeder meiner Veranstaltungen auf den Irrsinn der Dieselfahrverbote aufmerksam. Die Grenzwerte sind meiner Meinung nach willkürlich festgelegte Werte, die einen politischen Hintergrund haben. Ich halte es daher für zwingend notwendig, die Grenzwerte zu überprüfen. Dies auch mit Blick auf die Aussagen der rund 100 Lungenspezialisten, die höhere Grenzwerte als 40 mg nicht als gesundheitsgefährdend eingestuft haben. Ich glaube, dass es den Verfechtern der Fahrverbote nur darum geht, dem Individualverkehr den Garaus zu machen.

? Die CDU will prüfen, ob dem Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll. Könnten Sie sich dem anschließen?

**Carl-Julius Cronenberg:** Ja.

? Auch die Sorgen, die der Bürger vor dem UN-Migrationspakt hatte beziehungsweise hat, wurden durch die FDP-Führung nur äußerst peripher behandelt, so

Die CDU will prüfen, ob dem Abmahnverein Deutsche Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll. Könnten Sie sich dem anschließen?

„Ja“

dass es selbst in der Union mehr Opposition gab als bei den Freidemokraten. Gab es einen Grund für diese vornehme Zurückhaltung?

**Carl-Julius Cronenberg:** Auch hier muss ich Ihnen widersprechen. Ich finde nicht, dass wir das Thema peripher behandelt haben. Der nordrhein-westfälische Integrationsminister Joachim Stamp hat im Deutschen Bundestag sehr ausführlich zum Integrationspakt gesprochen. Im Gegensatz zu der AfD und zur Linkspartei setzen wir in dieser Frage auf eine abwägende Position, weil wir der Ansicht sind, dass der UN-Migrationspakt sich in der Hauptsache gar nicht an Deutschland richtet und auch nicht an die meisten Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Er richtet sich an die rund 180 Staaten, die keine Standards für die Aufnahme von Flüchtlingen haben. Und da es bereits diese Standards in Europa gibt, ist es für Flüchtlinge ein Anreiz, sich auf den Weg nach Europa zu machen. Das überfordert uns, das überfordert vor allem Deutschland. Und weil wir nicht endlos Flüchtlinge aufnehmen können, ist es wichtig, dass es überall auf der Welt Mindeststandards für Flüchtlinge gibt und diese auch eingehalten wer-

den. Für diese internationale Selbstverpflichtung, dafür steht der UN-Migrationspakt.

? Zur Mittelstandspolitik: Immer mehr Menschen in Deutschland fallen unter den Spitzensteuersatz von 42 Prozent. Oder anders gesagt: Wer heute das 1,6fache des Durchschnittsgehaltes verdient, muss bereits den Spitzensteuersatz zahlen. 1960 war es das 18fache. Welchen Einfluss beziehungsweise wird die FDP auf die Politik der GroKo nehmen, damit das deutsche Steuersystem an die gesellschaftlichen Realitäten angepasst wird?

**Carl-Julius Cronenberg:** Einfluss können wir leider nicht nehmen. Wir können nur immer wieder den Finger in die Wunde legen und die Bundesregierung auffordern, endlich die Steuersätze an die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung anzupassen, um einer Erhöhung der sogenannten „Kalten Progression“ zu begegnen. Bei der Anpassung der Renten wird ja auch die allgemeine Lohn- und Gehaltsentwicklung zugrunde gelegt. Warum also nicht auch beim Steuertarif? Ich halte es für völlig inakzeptabel, wenn die Fachkräfte in meinem Unterneh-

men inzwischen auch den Spitzensteuersatz zu zahlen haben. Im Übrigen habe ich eine Kleine Anfrage zum Spitzensteuersatz an die Bundesregierung gerichtet. Aus der Antwort kann ich ablesen, dass allein in dieser Legislaturperiode fast 1 Million Arbeitnehmer zusätzlich den Spitzensteuersatz zahlen müssen. Eine ähnliche Ungerechtigkeit sehe ich beim Thema Solidaritätszuschlag. Dieser ist für alle eingeführt worden, deshalb muss er auch für alle abgeschafft werden. Wir haben hierzu zweimal einen Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag eingebracht. Er ist beide Male abgelehnt worden.

? Wäre es dann nicht logisch, dass die FDP die Verfassungsmäßigkeit prüfen lässt?

**Carl-Julius Cronenberg:** Wenn sich die Bundesregierung nicht entschließen sollte, den Solidaritätsbeitrag für alle Steuerzahler abzuschaffen, dann wird die FDP mit Sicherheit das Bundesverfassungsgericht anrufen.

? Der Mindestlohn wurde angehoben, die Grenze für sogenannte Minijobs liegt weiterhin bei 450,00 Euro. Wäre es nicht lo-



Mit Carl-Julius Cronenberg sprach  
Janina Schäfer

gisch beziehungsweise zwingend notwendig, bei einer Erhöhung des Mindestlohns auch die Grenze beim Minijob anzuheben?

**Carl-Julius Cronenberg:** Wir haben bereits im Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die Minijobverdienstgrenze auf das 60-fache des gesetzlichen Mindestlohns festlegt, das wären aktuell knapp 550 Euro.

? Und was ist aus dem Antrag geworden?

**Carl-Julius Cronenberg:** Er wurde vom Plenum zur weiteren Beratung in den Ausschuss überwiesen. Allerdings halte ich es für unwahrscheinlich, dass er erfolgreich sein wird, weil es im linken Spektrum der Parteien und leider auch in großen Teilen der Union grundsätzlich Vorbehalte gegen Minijobs gibt. ■

# Ihr Partner für datenschutzkonforme Internetseiten

kostenloser  
DSGVO  
Websitecheck

Fordern Sie als BDS Mitglied jetzt Ihren kostenlosen  
**DSGVO Websitecheck** an unter: [www.cokuna.com/dsgvo](http://www.cokuna.com/dsgvo)  
oder telefonisch unter **+49 (0) 800 72 38 318**

**cokuna**  
[www.cokuna.com](http://www.cokuna.com)

cokuna communication • Könnertitzstr. 29 • 01067 Dresden • Tel.: +49 (0) 0800 / 72 38 318 • E-Mail: [info@cokuna.com](mailto:info@cokuna.com)